

Sehr geehrte Kandidatinnen und Kandidaten,

unsere Initiative *Recht auf Stadt - für ein solidarisches Eberswalde* entstand vor drei Jahren aus dem Unbehagen einer schleichenden Verschärfung sozialer Ungleichheit in unserer Stadt, die sich unter anderem in Wohnungs- und Stadtentwicklungsfrage widerspiegelt (siehe <https://rechtaufew.de>). Wir begreifen uns als Teil der globalen, städtischen Protestbewegung „Right to the City“ – „Recht auf Stadt“, welche eigene Ansprüche an städtischen Entwicklungen einfordert und vertreten den Standpunkt: *Gutes Wohnen ist Menschenrecht!*

Unserer Ansicht nach gibt es in Deutschland Fehlentwicklungen in der Wohnungs-, Bau-, Stadtentwicklungs- und Bodenpolitik, welche dringend in den nächsten Jahren angegangen werden müssen. So steigen zum Beispiel die Bodenpreise und Mieten in vielen deutschen Städten stetig. Bau- und Sanierungsvorhaben verdrängen Mieter*innen aus ihren angestammten, innerstädtischen Quartieren. Bezahlbarer Wohnraum im Viertel der Wahl wird immer schwerer zu finden, obwohl nicht wenige Wohnungen und andere Gebäude leer stehen. Viele Menschen müssen schon jetzt einen zu hohen Teil ihres Einkommens für die Wohnungsmiete aufwenden. Diese Aufzählung ließe sich noch weiterführen.

Im Rahmen der diesjährigen Bundestagswahl interessieren uns die Positionen der Kandidierenden unseres Wahlkreises Uckermark - Barnim I zu unterschiedlichen Fragestellungen rund um unser Anliegen. Gerne möchten wir Ihre Ideen, Standpunkte und möglichen politischen Maßnahmen kennenlernen und würden uns freuen, wenn Sie zu unseren Fragen so konkret wie möglich antworten. Wir behalten uns vor, Ihre Antworten zu bewerten und ggfs. zu veröffentlichen. Wir bedanken uns im Vorfeld für Ihre Aufmerksamkeit und freuen uns auf Ihr Feedback.

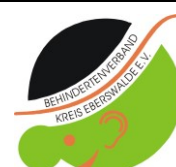
Wir bitten um Rücksendung Ihrer Antworten als PDF oder Word-Datei bis spätestens zum 06. September 2021 an die folgende E-Mail-Adresse: recht-auf-eberswalde@riseup.net

Vielen Dank und alles Gute

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Initiative „*Recht auf Stadt - für ein solidarisches Eberswalde!*“

Unterstützer*innen dieser Anfrage:



1) Öffentliches Eigentum stärken

Kommunale Wohnungsunternehmen sind in der Lage, dämpfend und gestaltend auf den Wohnungsmarkt und den Mietspiegel einzuwirken. Voraussetzung dafür ist die Beschränkung der Mietförderung auf die realen Kosten.

- 1.1 *Wie wollen Sie das Angebot an leistbaren Wohnungen zu kostendeckenden Mieten in Städten (mit zunehmenden Wohnungsdruck) erhöhen?*
- 1.2 *Wie wollen Sie Kommunen und Bundesländer dabei unterstützen, dass öffentliche Betriebe in der Immobilienwirtschaft erhalten bleiben und der Anteil an kommunal verwalteten Wohnungen deutlich steigt? Kann unter anderem die Abschaffung von DDR-Altschulden ostdeutscher, kommunaler Wohnungsgesellschaften hierbei eine Rolle spielen und falls ja, wie könnte man dies erreichen?*
- 1.3 *Wie und in welcher Art sollten kommunale Wohnungsgesellschaften angeregt werden, ihre Mieter*innen in wohnpolitischen Entscheidungsprozesse demokratisch stärker zu beteiligen?*

2) Gutes Wohnen für alle

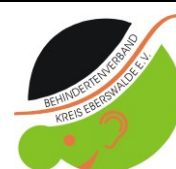
Die Mietbelastung vieler Mieter*innen überschreitet die zumutbaren 30% des jeweiligen Netto-Einkommens. Die Mietpreisbremse hat sich als weitestgehend wirkungslos herausgestellt und der Berliner Mietendeckel wurde vom Bundesverfassungsgericht gekippt.

- 2.1 *Ein Mietendeckel auf Bundesebene steht zur Diskussion. Wie stehen Sie allgemein zu diesem Anliegen?*

Innerhalb vieler deutscher Städte ist eine zunehmende soziale Segregation zu beobachten. Wohlhabende wohnen immer häufiger in anderen Stadtvierteln als zum Beispiel prekär Beschäftigte. Es steigt der Bedarf an Behinderten- und seniorengerechten Wohnraum innerhalb der Quartiere.

- 2.2 *Welche Maßnahmen müssten nach Ihrer Meinung für eine erfolgreiche Entwicklung hin zu urbanen, durchmischten Stadtquartieren zeitnah in die Wege geleitet werden und wie können bestehende städtische, unkommerzielle Orte und Freiräume dauerhaft erhalten werden?*

Unterstützer*innen dieser Anfrage:



3) Sparsame und klimafreundliche Flächennutzung

Das in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung anvisierte Flächenverbrauchsziel von 30 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2020 wurde weit verfehlt. Derzeit werden immer noch täglich 56 Hektar bebaut, mit ökologisch, sozial und ökonomisch negativen Folgen. Besonders kritisch ist der hohe Versiegelungsgrad in Hochwasser-gefährdeten Gebieten. Der durchschnittliche Wohnflächenverbrauch pro Kopf stieg im letzten Jahr laut Umweltbundesamt auf 47 m².

- 3.1 *Welche verbindlichen bundesrechtlichen Vorgaben sind aus Ihrer Sicht erforderlich, um das »30 ha-Ziel« zum Flächensparen bis 2030 und das Netto-Null-Ziel bis 2050 umzusetzen?*
- 3.2 *Welche wohnpolitischen Maßnahmen wollen Sie konkret umsetzen, um den Flächenverbrauch in Deutschland zu reduzieren?*
- 3.3 *Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Sanierung und den Umbau von leerstehenden Gebäuden attraktiver gestalten, sodass Abriss und Neubau als allerletzte Option erscheint?*
- 3.4 *Wie sollte Ihrer Meinung nach der vorhandene Leerstand genutzt werden bzw. wie wollen Sie alternative Wohn- und Nutzungskonzepte sowie flexible Wohnformen fördern?*
- 3.5 *Wie möchten sie die Neu- und Wiederbebauung in Hochwasser-gefährdeten Gebieten in Hinblick auf eine Klimawandelanpassung kontrollieren?*

4) Neue Leitlinien für eine gemeinwohlorientierte Boden- und Baupolitik

In den vergangenen Jahrzehnten wurde immer mehr städtischer Boden privatisiert, dazu kommt eine in den letzten 10 Jahren verstärkte Spekulation mit Boden durch Finanzinvestor*innen. Aus dieser Entwicklung ergeben sich negative Auswirkungen auf Gemeinwohlanprüche, die nicht kommerziell nutzbar sind (wie z.B. ökologische Freiräume und soziale Daseinsvorsorge).

- 4.1 *Welche Initiativen sollte der Bund in der Bodenpolitik ergreifen? Welchen Rahmen sollte er dabei Ländern und Kommunen vorgeben?*
- 4.2 *Wie kann Ihrer Meinung nach Boden für nicht marktfähige Gemeinwohlanprüche (z.B. ökologische Freiräume, soziale Daseinsvorsorge) verfügbar und vor einer wirtschaftlichen Verwertung geschützt werden? Welche bundesdeutsche Bau- und Bodenpolitik bedarf es hierfür?*
- 4.3 *Sehen Sie die Notwendigkeit für eine stärkere Regulierung des Bodenmarktes, insbesondere zur Verhinderung von Bodenspekulation?*

Unterstützer*innen dieser Anfrage:

